

TERMINE

Ausgewählte Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen

Nationale Gesetze (laufende Verfahren)

Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung (Pflegefachassistenteneinführungsgesetz)

- zustimmungspflichtig -

- Bundesweit einheitliches und eigenständiges Berufsprofil für die Pflegefachassistenz
- Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes
- Mehrkosten für GKV, SPV und Pflegebedürftige (Eigenanteile)

04.09.2024	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

16.07.2024	Referentenentwurf
------------	-------------------

Gesetz zur Stärkung der Herzgesundheit (Gesundes-Herz-Gesetz – GHG)

- zustimmungsfrei -

- Erweiterungen der Kinder- und Jugendlichen-Früherkennungsprogramme – bspw. um Fettstoffwechselerkrankungen
- Anpassung der Check-up 25, 40 und 50-Untersuchungen im Bereich Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Erweiterte Verordnungsfähigkeit von Medikamenten zur Cholesterinsenkung und Tabakentwöhnung
- Beratung in Apotheken zur Früherkennung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Erwachsenen

28.08.2024	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

19.06.2024	Referentenentwurf
------------	-------------------

05.10.2023	Impulspapier „Früherkennung und Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen“
------------	---

Gesetz zur Reform der Notfallversorgung (NotfallGesetz – NotfallG)

- zustimmungsfrei -

- Aufbau von Akutleitstellen der KVen (116 117) und Vernetzung mit den Rettungsleitstellen (112)
- Ausbau der notdienstlichen Akutversorgung, Anpassung Sicherstellungsauftrag KVen
- Flächendeckende Einrichtung Integrierter Notfallzentren

17.07.2024	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

07.06.2024	Referentenentwurf
------------	-------------------

15.01.2024	Eckpunkte
------------	-----------

07.09.2023	Regierungskommission legt Stellungnahme „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Rettungsdienst und Finanzierung“ vor
------------	---

13.02.2023	Regierungskommission legt Stellungnahme „Reform der Notfall- und Akutversorgung: Integrierte Notfallzentren und integrierte Leitstellen“ vor
------------	--

Gesetz zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz – GDAG)

- zustimmungsfrei -

- Umwandlung gematik in Digitalagentur Gesundheit
- Agentur als Marktteilnehmer und Aufsichtsbehörde: Mehr Durchgriffsrechte und Festlegung verbindlicher Standards (Interoperabilität)
- BMG kann Agentur durch Rechtsverordnung Aufgaben übertragen und entziehen

17.07.2024	Kabinettsbeschluss
07.05.2024	Referentenentwurf

Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz – GVSG)

- zustimmungsfrei -

- Entbudgetierung der hausärztlichen Versorgung
- Vorhaltepauschalen für Arztpraxen, die bspw. Abendsprechstunden oder Hausbesuche durchführen
- Versorgungspauschalen für Arztpraxen, die Patienten mit chronischen Erkrankungen behandeln
- GKV-Spitzenverband soll verpflichtende Vorgaben zur Transparenz über die Servicequalität machen, bspw. hinsichtlich der Bearbeitungsdauer von Anträgen der Kassen
- Einführung einer Bagatellgrenze bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung in Höhe von 300 Euro

05.07.2024	1. Durchgang Bundesrat
28.06.2024	1. Lesung Bundestag
22.05.2024	Kabinettsbeschluss
12.04.2024	Referentenentwurf
21.03.2024	Überarbeiteter Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
09.01.2024	Vorstellung Maßnahmenpaket
19.12.2023	Überarbeiteter Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
15.06.2023	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)

Medizinforschungsgesetz (MFG)

- zustimmungsfrei -

- Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für klinische Prüfungen und des Zulassungsverfahrens von Arzneimitteln und Medizinprodukten
- Möglichkeit für pharmazeutische Unternehmen zur Vereinbarung vertraulicher Erstattungsbeträge bei Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen

vsl. 27.09.2024	2. Durchgang Bundesrat
04.07.2024	2./3. Lesung Bundestag
12.06.2024	Anhörung im Gesundheitsausschuss
06.06.2024	1. Lesung Bundestag
17.05.2024	1. Durchgang Bundesrat
27.03.2024	Kabinettsbeschluss
20.02.2024	Verbändeanhörung BMG

Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz – KHVVG)

- zustimmungsfrei -

- Krankenhausplanung nach bundeseinheitlichen Leistungsgruppen
- Einführung einer Vorhaltevergütung
- Regelungen zu sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen
- Etablierung eines Transformationsfonds zum Umbau der Krankenhauslandschaft
- Liquiditätssicherung für Krankenhäuser (Vollfinanzierung Tariflohnsteigerungen, volle Berücksichtigung des Orientierungswertes)
- Umstieg von Einzelfall- hin zu stichprobenartiger Abrechnungsprüfung

25.09.2024	Anhörung im Gesundheitsausschuss
05.07.2024	1. Durchgang Bundesrat
27.06.2024	1. Lesung Bundestag
15.05.2024	Kabinettsbeschluss
13.03.2024	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt)
13.11.2023	Überarbeiteter Arbeitsentwurf
27.09.2023	Überarbeiteter Arbeitsentwurf
19.09.2023	Arbeitsentwurf Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz
10.07.2023	Gemeinsame Eckpunkte von Bund und Ländern
06.12.2022	Stellungnahme der Regierungskommission „Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung“

Gesetz für eine Apothekenhonorar- und Apothekenstrukturreform (Apotheken-Reformgesetz – ApoRG)

- zustimmungsfrei -

- Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung durch:
 - Honoraranreize für Apotheken in ländlichen Regionen, Umverteilung der Honorare (u. a. Erhöhung der Notdienstpauschale)
 - Einführung Telepharmazie
 - Neue Aufgaben in der Versorgung (etwa bei Prävention und Früherkennung)
- Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Flexibilisierung

vsl. 18.09.2024	Kabinettsbeschluss
14.06.2024	Referentenentwurf
20.12.2023	Eckpunkte

Gesetz zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit

- zustimmungsfrei -

- Überführung der BZgA zum 01.01.2025 in neues Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) als Institution auf Bundesebene u. a. zur Zusammenführung aller Maßnahmen im Bereich der Öffentlichen Gesundheit und zur Gesundheitskommunikation
- Neuverteilung der Arbeitsschwerpunkte: BIPAM befasst sich vor allem mit nicht-übertragbaren Krankheiten
- Verantwortung Robert Koch-Institut (RKI): übertragbare Krankheiten und mit diesen in Zusammenhang stehende nicht-übertragbare Krankheiten

17.07.2024	Kabinettsbeschluss
13.06.2024	Referentenentwurf
16.10.2023	Referentenentwurf (nicht ressortabgestimmt) „Gesetz zur Regelung der Nachfolge der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“
03.10.2023	Eckpunkte

Haushaltsgesetz 2025

- zustimmungsfrei -

Ende Dezember 2024	Verkündung im Bundesgesetzblatt
20.12.2024	2. Durchgang Bundesrat
25.11. – 29.11.2024	2./3. Lesung Bundestag
14.11.2024	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
25.09. – 14.11.2024	Beratungen im Haushaltsausschuss
27.09.2024	1. Durchgang Bundesrat
10.09. – 13.09.2024	1. Lesung Bundestag (Einzelplan 15 – Gesundheit am 12.09.2024)
17.07.2024	Kabinettsbeschluss RegE 2025 und Finanzplan bis 2028
02.05.2024	Frist Ressortanmeldungen
07.03.2024	Verfahrenshinweise für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2025 und des neuen Finanzplans 2026 bis 2028

Gesetz zur Reform der Berufe in der Physiotherapie

(Physiotherapieberufereformgesetz – PhyThBRefG)

- zustimmungsfrei -

<ul style="list-style-type: none"> Umfassende Reform der Physiotherapieausbildung, inklusive Teilakademisierung der Berufe in der Physiotherapie 	
21.12.2023	Referentenentwurf

Pflegekompetenzgesetz

- Etablierung des Berufsbildes Advanced Practice Nurse: eigenständige Ausübung von Heilkunde in ärztlich oder pflegegeleiteten Einrichtungen
- Erweiterung der Befugnisse für Pflegefachpersonen (z. B. häusliche Krankenpflege, Empfehlung von Pflegehilfsmitteln)
- Aufhebung der verpflichtenden Modellprojekte zur Übertragung ärztlicher Tätigkeiten an Pflegekräfte
- Erprobung der Pflegebegutachtung in der Langzeitpflege und beim Entlassmanagement im Krankenhaus durch Pflegefachpersonen statt durch den Medizinischen Dienst (MD)
- Einführung eines pflegegradunabhängigen Anspruchs auf Pflegeprozesssteuerung durch Pflegefachpersonen
- Etablierung einer berufsständischen Vertretung auf Bundesebene

19.12.2023	Eckpunkte
------------	-----------

Bürokratieabbau im Gesundheitswesen

- Pflicht zur Vorlage der AU-Bescheinigung bei Erkrankung des Kindes erst ab dem 4. Tag
- Abschaffung der Krankenhausabrechnungsprüfung in der stationären Kinder- und Jugendmedizin
- Maßnahmen zum Bürokratieabbau in der Hilfsmittelversorgung (u. a. Anpassung der Hilfsmittelverträge der Krankenkassen, teilweise Abschaffung der Präqualifizierung)

07.11.2023

Eckpunkte

Nationale Verordnungen (laufende Verfahren)**Dritte Verordnung zur Änderung medizinproduktrechtlicher Vorschriften**

- Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Anwendungsbereich der Verordnung wird erweitert
- Reduzierung des Dokumentations- und Prüfaufwandes bei risikoarmen, durch die Krankenkassen bereitgestellten Produkten
- Für Produkte in Form einer Software mit erhöhtem Risikopotenzial werden Prüfvorgaben eingeführt

Am Tag nach der Verkündung

Inkrafttreten

20.10.2023

Referentenentwurf

EU-Gesetzgebung**EU-Pharmapaket**

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
 - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
 - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
 - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
 - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
 - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen

10.04.2024

Beschluss EP-Position zum Pharmapaket

19.03.2024

Annahme Änderungsanträge zum Pharmapaket im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP

13.06.2023

Beschluss des Rates zur Annahme der Empfehlung zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen

26.04.2023

Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen

Europäischer Gesundheitsdatenraum

- Eckpfeiler der europäischen Gesundheitsunion und erster von neun europäischen sektor- und bereichs-spezifischen Datenräumen
 - Erleichterung des grenzüberschreitenden Zugangs zu und Austausch von Gesundheitsdaten
 - Unterstützung der Gesundheitsversorgung („Primärnutzung von Daten“) und der gesundheitsbezogenen Forschung und Politikgestaltung („Sekundärnutzung von Daten“)

24.04.2024	Annahme Trilogergebnis durch das EP
14.03.2024	Trilogeinigung zwischen Rat, EP und EU-Kommission auf Kompromisstext
13.12.2024	Annahme Position Europäisches Parlament
06.12.2023	Einigung auf Gemeinsame Position im Rat
Mai 2022	Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung eines europäischen Raums für Gesundheitsdaten

Kürzlich in Kraft getretene Gesetze und Verordnungen

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- zustimmungspflichtig -

- Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung
- Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet

24.07.2024	Inkrafttreten
14.06.2024	Abschluss Bundesrat
14.06.2024	Bundestag
12.06.2024	Vermittlungsausschuss
10.04.2024	Anrufung Vermittlungsausschuss
22.03.2024	2. Durchgang Bundesrat – keine Zustimmung
23.02.2024	2./3. Lesung Bundestag
21.02.2024	Beschluss im Ausschuss für Inneres und Heimat
09.10.2023	Anhörung im Ausschuss für Inneres und Heimat
20.09.2023	1. Lesung Bundestag
07.07.2023	1. Durchgang Bundesrat
24.05.2023	Kabinettsbeschluss
20.01.2023	Referentenentwurf